



Aktuelles aus Brüssel und Straßburg für die 7. KW (09. - 13. Februar 2009)

EUROPÄISCHE RÄTE

Der tschechische Ministerpräsident und EU-Ratspräsident Topolanek hat die 27 EU-Staats- und Regierungschefs für den 1. März zu einem Gipfel zur Wirtschafts- und Finanzkrise zusammengerufen. Der Gipfel soll unter anderem dazu genutzt werden, den immer offener zu Tage tretenden protektionistischen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Die Wirtschafts- und Finanzminister kamen am Dienstag in Brüssel zusammen, um u.a. über die Umsetzung des europäischen Konjunkturprogramms zu sprechen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) nutze diesen Anlass, um erneut auf seine Forderungen aufmerksam zu machen:

- Reduzierung der Leitzinsen gegen Null Prozent
- Ausweitung der öffentlichen Investitionen
- Schaffung einer europäischen Schuldenagentur, welche einzelne Mitgliedsstaaten unterstützen soll, die aufgrund der Finanzmarkturbulenzen in Schwierigkeiten geraten sind
- Unterbindung eines schädlichen Steuerwettbewerbs

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Der Wirtschaftsausschuss hat sich in der Abstimmung zum Ferreira-Bericht zum europäischen Konjunkturprogramm mit großer Mehrheit für eine wirtschaftspolitische Offensive ausgesprochen. Die Abgeordneten äußerten die Befürchtung, dass ein unkoordiniertes und unentschlossenes Handeln, das europäische Projekt um Jahre zurückwerfen könnte. Es bedürfe jetzt eines mehr an Investitionen in Beschäftigung und die öffentliche Infrastruktur. Kritik äußerten die Abgeordneten vor allem an der Ungleichgewichtung der Verteilung der Mittel. So besitzt das europäische Konjunkturprogramm lediglich einen Umfang von 30 Milliarden Euro, während die Mitgliedsstaaten 170 Milliarden Euro für ihre eigenen Initiativen ausgeben. Ein starkes und mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattetes gemeinsames Programm auf EU-Ebene wäre ihrer Ansicht nach nicht nur effektiver, sondern könnte auch dazu beitragen, Konflikte zwischen den Mitgliedsstaaten zu verhindern.

Der Verkehrsausschuss hat in Erster Lesung die Revision der EU-Wegekostenrichtlinie angenommen. Nach dem Votum des Verkehrsausschusses soll es EU-Mitgliedstaaten ermöglicht werden, LKWs ab dem Jahr 2011 auch die Kosten zu berechnen, die sie durch Staus, Lärm und Luftverschmutzung verursachen. Bisher war es den EU-Mitgliedstaaten lediglich möglich, die Infrastrukturkosten auf die Mautgebühren anzurechnen. Die Einführung einer LKW-Maut sowie die Anrechnung der externen Kosten bleiben jedoch weiterhin den Mitgliedsstaaten überlassen. Mit den neuen Regeln soll eine bessere Chancengleichheit zwischen den Verkehrsträgern hergestellt werden. Der Ausschuss sprach sich außerdem dafür aus, die in manchen EU-Mitgliedstaaten angewandte zeitbezogene Mauterhebung (Vignette) mittelfristig durch eine streckenbezogene Maut zu ersetzen. Zeitbezogene Gebühren diskriminieren tendenziell ausländische Transportunternehmen.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Die Europäische Kommission hat beschlossen, im Zusammenhang mit der Privatisierung und Umstrukturierung von Austrian Airlines und der geplanten Übernahme durch Lufthansa ein förmliches Prüfverfahren einzuleiten. Die Kommission meldet Zweifel daran, dass der von Lufthansa zu zahlende Preis dem Marktpreis des zu veräußernden Unternehmens entspricht, dass der österreichische Staat wie ein privater Investor agiert und dass der notifizierte Umstrukturierungsplan im Einklang mit den Gemeinschaftsvorschriften für die Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten steht. Im Anschluss an ein Privatisierungsverfahren wurde Lufthansa als Käufer für die vom österreichischen Staat gehaltenen Anteile (41,56 %) an Austrian Airlines ausgewählt. Im Rahmen der Transaktion ist folgendes vorgesehen:

- Lufthansa zahlt einen Kaufpreis von 366 268,75 EUR.
- Der Staat erhält einen Besserungsschein, aus dem ein zusätzlicher Zahlungsanspruch erwachsen kann.
- Der Staat leistet eine Zahlung in Höhe von 500 Mio. EUR, die Lufthansa für eine Kapitalerhöhung bei Austrian Airlines verwendet.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

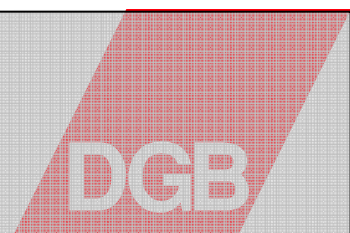
Dr. Katharina Erdmenger
Stefan Gran

DGB-Verbindungsbüro Brüssel

Av. de Tervuren 15
B-1040 Bruxelles

Tel.: +32 2 548 36 90
Fax: +32 2 548 36 99

E-Mail: bruessel@dgb-europa.eu



Dieser Newsletter soll einen Überblick über wichtige Ereignisse und Entscheidungen der europäischen Institutionen liefern. Er erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Zusammenstellung wird sich auf eigene Aufzeichnungen sowie der Auswertung von Pressemitteilungen und anderen Informationsmedien der betroffenen Institutionen gestützt. Die hier dargestellten Positionen geben nicht zwangsläufig die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes wieder.